

den §166 ersatzlos streichen

- nicht nur aus dem deutschen Strafgesetzbuch



Der Anschlag auf Charlie Hebdo richtete sich gegen den Kern des modernen Gesellschaftsverständnisses: Pressefreiheit und Kunstfreiheit wurden in Frage gestellt, Journalist*innen ermordet. Der Angriff richtet sich gegen Karikaturen und Polemiken, die klassischen Ausdrucksformen der Aufklärung. Die Opfer waren die Mitarbeiter*innen und die sie schützenden Polizisten, deren Angehörigen wir unser Mitgefühl ausdrücken wollen.

Als Grüne steht für uns fest: Religionskritik ist wesentlicher Motor gesellschaftlicher Entwicklung. Sie wird durch die Kunst- und Wissenschaftsfreiheit abgesichert.

Aber die parteiübergreifenden Solidaritätsbekundungen mit der französischen Satirezeitung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Deutschland der Paragraph 166 StGB Gotteslästerung immer noch unter Strafe stellt, dass in den vergangenen Jahren auch sehr wohl im Kontext der Mohammed-Karikaturen Gerichte sich nicht mehr auf symbolische Strafmaße beschränkten.

Auch Debatten über die Absagen religionskritischer Veranstaltungen an nordrhein-westfälischen Universitäten, der Streit um kritische Wissenschaftsmethoden beim Aufbau einer islamischen Theologie in Münster und der Abbruch einer Graphic-Novels-Ausstellung in der Universität Duisburg-Essen, nachdem eine Studentin diese beschädigte, da sie ihre religiösen Gefühle verletzt habe, sind kein Zeichen dafür, dass die heutigen Universitäten aktiv für Wissenschaftsfreiheit eintreten.

Nicht Wegducken kann hier die Antwort sein, hingegen ein klares Bekenntnis zu diesen Grundfreiheiten. Die Debatte über Pressefreiheit ist bereits eine europäische, Einschränkungen der Pressefreiheit befinden sich in ganz Europa in der Kritik. Die Venedig-Kommission des Europarates verurteilte dabei im Jahr 2008 Gesetze, die mit Blasphemie oder verletzten religiösen Gefühlen begründet werden.

die säkularen grünen nrw fordern:

- *Solidarität mit Charlie Hebdo,
- *Blasphemieparagrafen ersatzlos zu streichen,
- *weder im Kampf um die Straße noch um die Köpfe einzuknicken,
- *keinen Respekt vor Einschränkungen des Rechts auf Religionskritik.

